Haushaltsrede 2011

gehalten von Klaus-Dieter Bartel

Sehr geehrte Zuhörer/-innen,

die Konfliktlinien bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen verlaufen – mehr noch als in der Vergangenheit – zwischen einer nicht gerade kleinen Minderheit von Befürwortern durchgreifender Sparmaßnahmen und einer Ratsmehrheit, der die finanzielle Situation unserer Stadt weniger dramatisch erscheint.
Die Bereitschaft eisern zu sparen steht in der politischen Auseinandersetzung hoch im Kurs, werden mit ihr doch bürgerliche Tugenden wie Seriosität, Rechtschaffenheit und auch Vernunft verbunden. Aber macht unsere derzeitige Haushaltslage „schmerzhafte Kürzungen“ wirklich erforderlich und sind die beantragten harten Einschnitte tatsächlich Ausdruck einer nachhaltigen also soliden Politik ?
Die sog. Sparallianz befürchtet, dass sich Hilden bereits zum Ende dieser Wahlperiode im Würgegriff des Nothaushaltsrechts befinden wird. Ist dies realistisch?
Werfen wir einen kurzen Blick in die Gemeindeordnung des Landes NRW. In § 76 werden die Bedingungen formuliert, die die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich machen – wobei ein HSK erst die Vorstufe eines Nothaushaltes darstellt. Demnach ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

- die allgemeine Rücklage innerhalb eines Haushaltsjahres um mehr als ein Viertel oder
- in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich um jeweils mehr als ein Zwanzigstel verringert wird oder
- innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht ist.

Unsere Allgemeine Rücklage, die wir wahrscheinlich auch in den nächsten drei Jahren nicht antasten werden, beträgt z. Zt. gut **270 Mio.** €. 25 % würde eine einmalige Entnahme in Höhe von 68 Mio. € bedeuten, 5 % entspricht Haushaltlöchern von jeweils 13,5 Mio. €. Weder die Mehrjahresfinanzplanung noch Erfahrungen aus der Vergangenheit lassen ein derartiges Abschmelzen unserer Reserve erwarten.
Aber auch hinsichtlich unserer Einnahmeseite ist überzogener Pessimismus nicht angebracht. So geht die Landesregierung von einer Steigerung der Gewerbesteuer-einnahmen um 7,6 % aus - demnach müsste Hilden in diesem Jahr etwa 51,5 Mio. €

einfahren. Dass im Haushalt nur 49 Mio. € angesetzt wurden, ist vermutlich auch auf die berufsbedingte Vorsicht des Kämmerers zurückzuführen.
Berücksichtigt werden muss außerdem, dass die von der Landesregierung vorgesehenen fiktiven Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer – mit 435 % bzw. 411 % - deutlich über denen der Stadt Hilden liegen. Wir werden danach bei der Zuweisung von Landesmitteln und der Berechnung der Kreisumlage so behandelt, als ob wir über spürbar höhere Eigeneinnahmen verfügen. Dies ist auf Dauer unhaltbar und wird in Hilden in den nächsten ein, zwei Jahren zwangsläufig zu einer Erhöhung unserer Hebesätze und damit verbunden zu Mehreinnahmen in Millionenhöhe führen.
Zur Verdeutlichung: der durchschnittliche Hebesatz bei der Gewerbesteuer lag 2008 in NRW bei 433 %, wir geben uns trotz guter Infrastruktur mit 400 % zufrieden.
An dieser Stelle sei ein Hinweis auf unsere Schuldenentwicklung – in Vor-NKF-Zeiten Maßstab der Solidität städtischer Finanzen – gestattet. Die Höhe unserer Kredite im Kernhaushalt erreicht voraussichtlich noch in dieser Wahlperiode den „geringsten Stand seit zwanzig Jahren“ – schon jetzt können wir uns über die viertgeringste Pro-Kopf-Verschuldung unter den 139 von der IHK untersuchten mittelgroßen Gemeinden in NRW freuen. Auch dies ein Indiz dafür, dass es um die städtischen Finanzen nicht so schlecht bestellt ist. Und was sparsames Haushalten betrifft, hat die Verwaltung durch die geplante Reduzierung der Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen um ca. 950 tsd. € einen durchaus nennenswerten Beitrag geleistet.
Zusätzlich sorgt die Senkung der Kreisumlage in 2011 und in den Folgejahren für eine weitere Entspannung bei den städt. Finanzen. Unser Resümee: Das Heraufbeschwören eines Nothaushaltes dient in erster Linie der politischen Positionierung und Profilierung.

Dabei sind durchaus der Auffassung, dass in 2011 nicht völlig neue Großprojekte auf den Weg gebracht werden sollten. Zum einen lässt unsere finanzielle Situation derzeit in der Tat keine allzu großen Sprünge zu. Zum anderen wurden in den letzten Jahren – z.T. mit Hilfe des Konjunkturpaketes II – bereits einige beachtliche Investitionen in Angriff genommen. Zu nennen sind u.a. die Dreifachsporthalle, der Ellen-Wiederhold-Platz, das Kolpinghaus, die Sanierung und Erweiterung des Helmholtz-Gymnasiums und natürlich auch die Schaffung eines attraktiven Bahnhofsgebäudes. Jetzt - in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs - eine eher antizyklische Ausgabenpolitik zu betreiben und wünschenswerte Projekte wie z.B. den Neubau des Museums auf spätere Jahre zu verschieben, ist – auch volkswirtschaftlich betrachtet - sinnvoll. Notwendige Maßnahmen, die bereits einige Jahre auf der Agenda stehen und letztendlich dem Bestandserhalt dienen, zu streichen oder zu strecken dagegen nicht.
Beispiel Schützenplatz:
Bereits in der Mehrjahrfinanzplanung des Haushalts 2009 war die Sanierung dieser Sporteinrichtung für 2010 vorgesehen und damit für die dort aktiven Vereine sowie Grundschüler-innen und - schüler „versprochene Sache“.
Wer die Örtlichkeit kennt, weiß, dass der Platz selbst bei günstigen Wetterbedingungen kaum bespielbar ist und deshalb meist brachliegt. Dies ist aber alles andere als wirtschaftlich. Auch die Entscheidung hier Kunstrasen zu verlegen ist schlüssig, denn nur so kann die Sportstätte in Konkurrenz mit den fünf anderen entsprechend gut ausgestatteten Anlagen bestehen. Hinzu kommt, dass bereits nicht unerhebliche Entwurfskosten anfielen. Sollte das Projekt einige Jahre verschoben werden, müsste mit der Planung zumindest teilweise neu - mit entsprechenden

finanziellen Auswirkungen - begonnen werden. Kurzum: dieses Projekt auf Eis zu legen, käme letztendlich einer Verschleuderung städt. Ressourcen gleich. Gerne hätten wir schon in diesem Jahr mit der Sanierung losgelegt, können aber mit dem Kompromiss einer Fertigstellung in 2012 leben.
Die Schaffung eines neuen Funktionsgebäudes beim SV Hilden Nord stellt ebenfalls keinen verzichtbaren Luxus dar. Häufig in Anspruch genommene Einrichtungen nutzten sich naturgemäß mit den Jahrzehnten ab und müssen ersetzt werden! Auch eine Anpassung an den gestiegenen Bedarf – Stichwort: mehr Kinder- und Jugendmannschaften, gewachsenes Interesse am Frauen- und Mädchenfußball – ist dann im Rahmen der Neubaumaßnahme sinnvoll.
Auf das Thema WAINS möchte ich an dieser Stelle nur kurz eingehen. Nur soviel: Hier sollte eine Sportfläche im Hildener Norden entstehen, die nicht nur einen unverhältnismäßig hohen Flächenverbrauch sondern auch erhebliche, letztendlich schwer übersehbare Folgekosten für die Stadt verursachtet hätte – im vergangenen Sommer litten die Befürworter der Baseballanlage aus den Reihen der BA/CDf und Freien Liberalen offensichtlich noch nicht unter ihrem heutigen Sparzwang….und dies in Kenntnis unserer Haushaltslage.

Vorausschauende Stadtpolitik verengt die Forderung nach Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit nicht aufs Sparen – im Gegenteil, ohne Not zu streichen, zu kürzen oder einzufrieren blockiert für die Stadtentwicklung notwendige Weichenstellungen.
Die Bürger/-innen sind – dies beweist Stuttgart 21 - gegenüber Geldverschwendung im öffentlichen Raum in den letzten Jahren in der Tat sensibler geworden. Gleichzeitig wissen sie eine intakte, gut ausgebaute städtische Infrastruktur zu schätzen und wenden sich gegen den Rückzug öffentlicher Institutionen aus ihrem Alltag – diese Einstellung hat nach der Finanzkrise noch an Bedeutung gewonnen. Große Übereinstimmung besteht darüber, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Betreuung des Nachwuchses, Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich, umfassende Weiterbildungsangebote sowie die Förderung des Breitensports als Gesundheitsvorsorge hohe Priorität genießen. Wenn wir diesen gesellschaftlichen Konsens ernst nehmen, dürfen wir nicht ohne Not bei der Bücherei, der Volkshoch- und Musikschule, den von vielen Menschen genutzten Sportanlagen, der energetischen Optimierung städt. Gebäude, etc. den Rotstift ansetzen. Einsparungen beim KiTa-Personal und bei Jugendeinrichtungen sind vor diesem Hintergrund erst recht völlig indiskutabel. Aber auch ein Verzicht auf den Stöbertag, der Kindern erste Einblicke ins Berufsleben verschafft, setzt ein falsches Signal – hier gilt ebenfalls: Einsparungen beim Nachwuchs zahlen sich am Ende nicht aus !
Was uns bei den Sparvorschlägen besonders ärgert ist die Tatsache, dass Kürzungen willkürlich und offenbar ohne tiefere Einblicke beantragt wurden. Beispiel Musikschule – die Sparallianz wollte hier 40.000 € streichen.

Aber wo und wie ? Sollen die Gebühren erhöht, die Leistungen zurückgefahren oder hauptamtliche Musiklehrer/-innen durch prekär beschäftigte Honorarkräfte ersetzt werden ? Dazu vermissen wir klare Aussagen….und ein Bekenntnis zu den Konsequenzen !
40 städtische Mitarbeiter/-innen pauschal einsparen zu wollen, ohne sich im Einzelnen mit Stelleninhalten auseinanderzusetzen, ist alles andere als „seriös“ und

passt eher in die Kategorie „Schaufensteranträge“ ….also Vorstöße, an deren Realisierbarkeit die Antragsteller vermutlich selbst nicht glauben.

Nachhaltige Stadtpolitik bedeutet Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Wir betrachten die hohen Mieten in Hilden (Rang 3 in NRW) - bei gleichzeitiger dramatischer Abnahme sozial gebundener Wohnungen - mit besonderer Sorge. Kommunalpolitik in Hilden tut sich bei diesem Thema weiterhin äußerst schwer. Gerne wird die Problematik grundsätzlich geleugnet, auf das freie Spiel der Kräfte auf dem Wohnungsmarkt verwiesen oder Anspruchsberechtigte offen oder verdeckt zur unerwünschten Personengruppe erklärt. Den Betroffenen – darunter junge Familien und Menschen, die dank eines fehlenden Mindest-lohns für wenig Geld Vollzeit arbeiten müssen - bleibt so häufig nur noch die Abwanderung in unsere Nachbarstädte.
Das Strategische Stadtentwicklungskonzept sagt dazu: „Da nicht davon auszugehen ist, dass alle Bewohner …ihre Nachfrage auf dem freien Wohnungsmarkt realisieren können, werden Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auch weiterhin von großer Bedeutung für den Wohnungsmarkt der Stadt Hilden sein, um Abwanderungen zu verhindern“. Die Verfasser verweisen auf die Anforderungen des Baugesetzbuches nach sozialer gerechter Bodennutzung. Ihr Resümee:
„Der Fokus kann auch künftig nicht nur auf einkommensstärken Familien liegen. Vielmehr müssen alle Bevölkerungsgruppen am Wohnungsmarkt ein Angebot finden können.“
Im vergangenen Sommer wurde die Chance vertan, 400 LEG-Wohnungen zu guten Bedingungen über unsere WGH zu erwerben – selbst ein Gutachten hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit einer solchen Übernahme stieß mehrheitlich auf Ablehnung. Der Kauf dieser qualitativ hochwertigen Wohnungen hätte dauerhaft ein Reservoir an preiswerten Wohnraum geschaffen und damit auch das örtliche Mietniveau beeinflusst.
Wir hoffen, dass bei der Entwicklung des Albert-Schweitzer-Geländes die Mahnung des Strategischen Stadtentwicklungskonzepts gehört und mindestens ein Viertel der Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau gesichert wird. Dabei sprechen wir uns für eine Durchmischung öffentlich geförderter und frei finanzierter Wohnungen und Häuser aus. Und das hier hohe ökologische Standards besonders bei Energieverbrauch und –gewinnung erfüllt werden müssen, versteht sich – gerade auch nach Fukushima und der daraus folgenden Atomausstiegsdebatte – eigentlich von selbst.
In diesem Zusammenhang noch ein kurzer Blick auf unsere Gebäudewirtschaft: Im interkommunalen Vergleich erreichen – laut Gemeindeprüfungsanstalt – die Verbräuche der städtischen Liegenschaften in Hilden Maximalwerte. Wollen wir die nun von allen Parteien geforderte „grüne Wende“ konsequent einleiten, müssen wir schneller als bisher den sich aus der Studie „CO2-Einsparpotentiale Hilden“ ergebenden Maßnahmenkatalog umsetzen. Und auch dies ist – ich muss es leider sagen - erst einmal mit erheblichen Kosten verbunden, auf lange Sicht aber zweifelslos ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.
Die Proteste zu Stuttgart 21, das Volksbegehren zur Schulreform in Hamburg und natürlich auch die zahlreichen Stadtteil- und Elterninitiativen vor Ort zeigen eindringlich, dass Bürger/-innen Entscheidungen der Politik immer häufiger in Frage stellen – alle Parteien mussten da bislang Federn lassen.
Klar ist, dass wir - Rat und Verwaltung – früher als bisher unsere Absichten offen legen und die Menschen in politische Prozesse einbinden müssen. Der in Hilden beschrittene Weg, bei wichtigen und umstrittenen Projekten verstärkt

Moderationsverfahren einzusetzen, weist in die richtige Richtung, stößt aber mitunter an seine Grenzen. Dies gilt besonders, wenn persönliche oder institutionelle Interessen kompromisslos vertreten werden.
Mehr Bürgerbeteiligung bedingt jedoch mehr Bürgerverantwortung und setzt bei allen Akteuren ein hohes Maß an Gemeinsinn, Kompromissbereitschaft und gegenseitiger Wertschätzung voraus, sollen nicht Stillstand oder die Zuspitzung von Konflikten die Folge sein.
Und auch das muss an dieser Stelle gesagt werden: mehr Teilhabe Betroffener an Entscheidungsprozessen entbindet Kommunalpolitiker/-innen nicht von der Verpflichtung, auch die Interessen derjenigen zu berücksichtigen, die weniger gut organisiert sind, ihr Anliegen weniger geschickt und selbstbewusst vortragen können bzw. nicht über entsprechende Rechtsmittel und Drohkulissen verfügen. Insgesamt steht uns beim Thema „Mehr Demokratie wagen“ ein spannender Prozess bevor, beim dem Politik, Verwaltung und Bürger/-innen noch viel voneinander lernen können.

Hilden kann sich glücklich schätzen, verfügt unsere Stadt doch über zahlreiche Qualitäten und Potentiale. Diese zu erhalten oder sogar auszubauen ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Zur Erinnerung:
Vor 18 Jahren wurde unsere sehr geräumige, gut ausgestattete Stadtbücherei eingeweiht. Der Schuldenstand Hildens war damals mit 24 Mio. € höher als heute. Dennoch haben die Stadtmütter und –väter schon damals die Bedeutung von Bildung als sinnvolle Investition in die Zukunft erkannt …. und mit dem Bau des Gebäudes am Nove Mesto-Platz eine mutige und richtige Entscheidung getroffen. Natürlich kann keiner ausschließen, dass sich die finanzielle Situation Hildens eines Tages dramatisch verschlechtert – natürlich müssten wir in einem solchen Fall mitunter deutliche Einschnitte bei den städtischen Leistungen vornehmen.

Dies könnten wir den Menschen dieser Stadt dann aber auch schlüssig erklären – und ich denke, dass wir bei Sporttreibenden, Kulturfreunden und anderen überwiegend auf Verständnis stoßen würden.

An dieser Stelle noch eine Bemerkung in Richtung der Fraktionen, die voraussichtlich mit uns den Haushalt verabschieden werden.
SPD, CDU und FDP setzen auf ein kostspieliges Gutachten zu den Einsparpotentialen der Stadt. Man möchte anscheinend in einem Klima „Allgemeinen Sparwillens“ nicht als bedenkenloser Verschwender dastehen. Ein teures Gutachten schürt aber die Erwartung Ausgaben deutlich reduzieren zu können. Wir befürchten daher, dass auch Leistungen in sensiblen Bereichen wie Kinder, Jugend, Bildung - ohne Not und mit unabsehbaren Folgen – zurückgeschraubt werden. Auch deshalb möchten wir uns bis heute ein solches Gutachten „ersparen“.

Ich komme zum Schluss:
Der zur Abstimmung stehende Haushalt ist aus unserer Sicht durchaus verbesserungsfähig. So hätte der Maßnahmenkatalog zugunsten Energieeinsparung und Klimaschutz sicherlich ambitionierter ausfallen können. Aber:
Hilden hat einfach mehr verdient als nur einfallsloses Sparen – deshalb ist dieser Haushalt immer noch die bessere Alternative. Wir stimmen ihm deshalb zu. Ich danke Ihnen !